

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Regelgemäß für die Anzeigerstellen
bestimmte für Anzeigen am 1. und
am 2. Sonntag des Monats, am
wichtigen Sonntag des Monats, am
Kaisertag, am 1. Sonntag des Monats,
am 1. Sonntag des Monats.

Telegramme: Cegblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 255

Freitag, den 31. Oktober 1924

19. Jahrgang

Die Wahlen in England.

Die englisch-russischen Zwistigkeiten.

Das wirkliche oder angebliche Schreiben des russischen Ministers Sinowjew über kommunistische Propaganda in England, das einen diplomatischen Notenwechsel zwischen den beiden Staaten verursachte, hat sich in den Mittelpunkt des englischen Wahlkampfes gestellt. Von russischer Seite wird behauptet, das Schreiben sei gefälscht, Rußland verlange offizielle Entschuldigung oder ein Schiedsgericht zur Prüfung.

Nun hat Macdonald in einer Rede in Cardiff die Möglichkeit einer Fälschung halb und halb zugegeben und zugleich durchblicken lassen, die Fälschung sei ein Werk seiner konservativen Gegner, die damit Stimmung gegen ihn und die Arbeiterpartei machen und Beweise erbringen wollen für die bisherige falsche Politik gegen Rußland. Macdonald erklärt, die Manipulationen seien im Auswärtigen Amt vor sich gegangen. Dieses habe das ihm zugegangene Schreiben lediglich prüfen sollen, ohne sein Vorwissen oder die Veröffentlichung zu veranlassen. Macdonald bezeichnet diesen Schritt als übereilt und hält mit den meisten Ministern das Dokument für eine Fälschung. Er wenne sich, führte er aus, des Verdachts nicht erwehren, daß die ganze Sache ein konservatives Wahlkomplot sei.

Die Wahlprognose der Parteien.

London, 29. Okt. „Daily Express“ gibt heute eine Schätzung des Wahlergebnisses. Nach Ansicht der einzelnen Parteien erwarten die Konservativen folgendes Ergebnis: Konservativ 311, Sozialisten 205,

Liberal 98, die anderen Parteien 6, zusammen 615. Der sozialistische Vorschlag lautet: Konservativ 290, Sozialisten 235, Liberal 88, die anderen Parteien 5, zusammen 615, der liberale Vorschlag lautet: Konservativ 291, Sozialisten 195, Liberal 124, die anderen Parteien 5, zusammen 615.

Bei dieser Zusammenstellung ist zu berücksichtigen, daß die Konservativen mit einem Gewinn von 53 Sitzen rechnen, was immerhin noch 35 Sitze unter ihrer Parlamentsstärke im Jahre 1923 bedeuten würde. Die Sozialisten rechnen mit einem Gewinn von 5 Sitzen in Schottland und ebenfalls 10 weiteren Sitzen in London. Die Liberalen machen hierüber keine Angaben. Auf alle Fälle wird in einer großen Anzahl von Wahlkreisen die Entscheidung von ganz wenig Stimmen abhängen. Im Vorjahre haben 70 Sozialisten und 90 Konservativ auf Grund einer Minderheit ihr Mandat bekommen.

Maquith geschlagen.

London, 30. Okt. Stand der Parteien nach den bis 2 Uhr früh vorliegenden Wahlergebnissen: Konservativ 81, Arbeiterpartei 41, Liberal 13 und Unabhängige 1. Maquith ist in Paisley geschlagen. Bonsonby ist wiedergewählt.

London, 30. Oktober, 6 Uhr früh deutsche Zeit. Konservativ 161, Arbeiterpartei 78, Liberal 22, Unabhängige 2. Gewinne und Verluste: Konservativ 56 bezw. 6, Arbeiterpartei 19 bezw. 32, Liberal 7 bezw. 44.

Das Endergebnis der Wahlen dürfte dem Reuterbüro zufolge mit ziemlicher Gewißheit ein Sieg der Konservativen sein.

Gefährliche Lohnkonflikte.

Achtstundentag und 30 Prozent.

Berlin, 29. Oktober. Nach ihrem Empfang beim Reichswirtschaftsministerium traten gestern Abend die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu einer Sitzung zusammen. Es wurde einstimmig beschlossen, an den gestellten Forderungen nach sofortiger 30prozentiger Lohnerhöhung und der Wiedereinführung des Achtstundentages und der gleichenden Lohnskala unbedingt festzuhalten und die weiteren Schritte zur Durchführung der Forderungen ohne Aufschub einzuleiten.

Bersärfung des Konfliktes.

Berlin, 29. Okt. Im Lohnkonflikt der Reichsarbeiter haben die zuständigen Ministerien den Arbeitern der deutschen Reichspost, der Reichswasserbauverwaltung und den Reichsbetriebs- und Verwaltungsbearbeitern vorgeschlagen, den zum 31. Oktober 1924 geltenden Tarif bis 15. November fortzubehalten, um Zeit zu neuen Verhandlungen zu haben. Dieser Antrag ist von den Arbeiterorganisationen gestern einstimmig abgelehnt worden, was eine weitere Bersärfung des Konfliktes bedeutet.

Ultimatum der Berliner Werkstättenarbeiter.

Wicht Versammlungen der Berliner Werkstättenarbeiter beschlossen Dienstag Abend, am 6. November zur Urabstimmung in den Betrieben über die ultimative Durchführung der letzten aufgestellten Lohnforderungen zu schreiten.

Die Post lehnt Lohnerhöhungen ab.

Berlin, 29. Okt. Die gestern bei der Deutschen Reichspost geführten Lohnverhandlungen sind zunächst als ergebnislos abgebrochen worden. Die Verwaltung der Reichspost lehnte eine allgemeine Lohnerhöhung ab. Sie erklärte sich aber bereit, in einzelnen Orten die neben den Tariflöhnen gezahlten Ortszulagen zu erhöhen, verlangte jedoch dafür eine Kürzung dieser Zulagen in anderen Orten. Die beiden beteiligten Gewerkschaften begründeten mit den bisher gezahlten ungenügenden Löhnen und der Preislage auf dem Lebensmittel- und Bedarfsartikelmarkt eine Aufbesserung von 40 Prozent.

Die christlichen Gewerkschaften fordern sofortige Preisentung.

Essen, 29. Okt. Die Bezirksstelle der christlichen Gewerkschaften haben sich in einer gemeinsamen Eingabe an das Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium gewandt. Sie stellen fest, daß die Regierungsmassnahmen zum Preisabbau keine Preisentung herbeiführen können, vielmehr mache sich eine katastrophale Preissteigerung aller notwendigen Bedarfsgegenstände bemerkbar. Es wird auf die vielen Hinterschieben, die Kurzarbeit und die niedrigen Löhne hingewiesen. Die Not sei groß, fünfzig Prozent der Kinder bekomme keine Milch, da sie nicht bezahlt werden könne. Die Regierung wird aufgefordert, endlich einzugreifen, da sonst das Schlimmste zu befürchten sei, ungeachtet der kritischen Stimmung in der Arbeiterschaft.

Vor Steuermilderungen.

Die Vertreter der Länder beim Finanzminister.

Wie wir erfahren, hat Reichsfinanzminister Dr. Luther die Vertreter der Länder zu einer gemeinsamen Besprechung für Freitag, 31. d. M., eingeladen. In dieser Sitzung wird, wie wir hören, das Resultat der Ermüdungen, die schon seit einiger Zeit innerhalb des Reichsfinanzministeriums über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer Milderung gewisser Steuern schweben, mitgeteilt werden. Die internen Beratungen innerhalb des Finanzministeriums waren gestern Abend, wie uns ausdrücklich erklärt wurde, noch nicht abgeschlossen. Die Verhandlungen dürften sich vielmehr noch den heutigen Tag über hinziehen.

Die Umsatzsteuerreform.

Berlin, 29. Okt. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Düsseldorf meldet, sagte Reichswirtschaftsminister Hamm in seiner Rede in der Sitzung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, zu den dringendsten Aufgaben der Reichsregierung gehörte die Umsatzsteuerreform, ferner widme sich die Regierung in der Hauptsache den Handelsvertragsverhandlungen, in denen gewisse „Gefahrstoffe des deutschen handelspolitischen Aufbaues“ errichtet werden sollen. Die Regierung sei durchaus bereit, insbesondere in den Verhandlungen mit Frankreich entgegenzukommen zu zeigen, sie werde alles aufbieten, um zu einer Verständigung zu kommen. Das große Ziel sei die Wiederherstellung und Verbesserung des Weltverkehrs.

Deutsche Demokratische Partei und Aufwertung.

Der Vorstand des Hypothekengläubiger- und Sparerkassenverbandes hat den Vorstand der DDP um eine bindende Erklärung über die programmatische Stellungnahme seiner Partei zur Aufwertungsangelegenheit, insbesondere um die Beantwortung folgender Fragen ersucht: 1. Wird die Partei den Westlichen Gesandten zum Programm ihrer Tätigkeit machen? 2. Wird die Partei die Verzinsung von Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen entsprechend der Leistungsfähigkeit der Schuldner unterschiedlich behandeln? 3. Falls Punkt 1 und Punkt 2 nicht im Programm der Partei liegen sollten, bitten wir um Ausführungen über die dortige Stellungnahme. 4. Ist die Partei bereit, an ganz sicherer Stelle mehrere Herren unseres Verbandes auf die Reichstagswahlliste aufzunehmen und wieviel? — Fragen hat der Hauptgeschäftsführer der DDP. folgendenmaßen beantwortet: Zu 1. Die Deutsche Demokratische Partei wird in der Aufwertung erheblich über das bisher festgesetzte Maß hinausgehen; sie ist bereit, auf der Grundlage des Westlichen Gesandtenurteils Urträge zu stellen, die die Lage der Hypothekengläubiger und Sparrer verbessern. Zu 2. Die Frage kann ohne Einschränkung bejaht werden. Zu 3. Ist durch Antwort zu 1 und 2 erledigt. Zu 4. Die Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei werden nicht als Interessensvertreter, sondern als Persönlichkeiten nominiert. Wir bitten und empfehlen falls geeignete, auf dem Boden unserer Partei stehende Persönlichkeiten namhaft zu machen.

Ein Aufruf demokratischer Wirtschaftstreue.

Der Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe beim Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei veröffentlicht folgende Rundgebung:

Ein deutsches Unternehmertum!

Die Auflösung des Reichstages trifft die deutsche Wirtschaft außerordentlich schwer. Die Anbahnung neuer handelsvertraglicher Beziehungen, die Ausgestaltung der kreditwirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Ausland, die dringend notwendige Erleichterung der untragbar gewordenen und nach der Gesundung der Reichsfinanzen in diesem Umfang nicht mehr notwendigen Steuerlasten werden auf Wochen hinaus verzögert. Gegenüber Staat und Wirtschaft haben diejenigen unverantwortlich gehandelt, die die Regierungskrise aus parteitaktischen Erwägungen herbeiführten; die um ihrer Partei willen unsere täglichen wirtschaftlichen Nöte misachteten und eine durchaus arbeitsfähige Regierung vor die Notwendigkeit der Auflösung des Reichstages stellten.

Volksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft

Bilden die geistige Grundlage für die Gesundungsarbeit in Staat und Wirtschaft. Die Zukunft unseres Vaterlandes ist davon abhängig, daß es gelingt, die Begriffe vor dem Schicksal leerer Schlagworte zu bewahren. Als Wirtschaftler, die seit Jahren daran arbeiten, den republikanischen Staat und damit die Sicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung durch eine Vereinigung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes zu festigen, richten wir an das deutsche Unternehmertum den dringenden Ruf, in diesen ersten Stunden des gemeinsamen Schicksals, der gemeinsamen Not aller deutscher Volksgenossen eingebend zu sein. Nicht durch Klassenkampf von oben oder unten, nicht durch das Aufheben parteilicher Schranken zwischen den einzelnen sozialen Schichten, nicht durch den Versuch der politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung eines Teiles des erwerbstätigen Volkes, sondern nur durch das Zusammenwirken aller nationalen Kräfte, durch das

lebendige Vertrauen zwischen allen Klassen und Ständen kann unser Vaterland als Einheit erhalten und zur vollen staatlichen und wirtschaftlichen Freiheit zurückgeführt werden. Volksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft! Sei daher die Parole des deutschen Unternehmertums in diesem Wahlkampf. Ihr leibter unter Ausschaltung aller engeren Parteinteressen aufrichtig gedient zu haben, ist das große Verdienst der Deutschen Demokratischen Partei. Die Deutsche Demokratische Partei jetzt fördern und unterstützen heißt gute, weltliche Unternehmerrichtlinien treiben — heißt der weiteren wirtschaftlichen Gesundungsarbeit Stetigkeit und sozialen Frieden sichern — heißt Staat und Wirtschaft zu gemeinsamer Arbeit für Deutschlands Befreiung einmünden!

Das Präsidium des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Partei. Geheimrat Dr. Philipp Wieland (Hlm), Dr. Hermann Fischer (Berlin), Dr. Carl Weidner (Hamburg), Direktor Dr. Robert Kauffmann (Berlin).

Keine Neuwahlen in Sachsen!

Bwikan, 30. Oktober. Das „Amikaner Tageblatt“ meldet: Nach den neuesten Informationen unseres Dresdner Mitarbeiters bekämpft sich die Wichtigkeit unserer bisher vertretenen Auffassung, daß Neuwahlen in Sachsen nicht kommen werden! Maßgebende politische Gründe verbieten es zur Zeit, weitere Mitteilungen zu machen.

Die Wiedergeburt Deutschlands.

Eine italienische Prognose für die deutschen Wahlen.

Rom, 29. Okt. Ein Berliner Brief von Gaetano Senatra im „Messaggero“ beschäftigt sich mit den deutschen Wahlen und schreibt: Dem Erfolge seiner Aufschwungfahrt konnte Deutschland dieser Tage einen Erfolg seiner Außenpolitik in Gestalt der Amerikanische Hinzuwinken. Aus eigener Erfahrung versteht der Korrespondent ferner, daß abgesehen von den Interessenten und einem Teile der unreifen Jugend niemand an einen Nebankkrieg denke. Desto verheerender war es seitens der Entente, kein Vertrauen auf das republikanische Deutschland zu setzen. Heute aber seien alle Ententeerben von der unbedingten Vohaltigkeit Deutschlands überzeugt. Die Deutschen wissen, daß sie mit der Hölle haude auf dem Kopfe keine Geschäfte mit der übrigen Welt abschließen können. Außerdem verfolgt die deutsche Demokratie eine zielbewusste, logische und klare Politik, während die Kommunisten durch ihre Jidochpolitik abgewirtschaftet haben. Die Kommunisten kommen überhaupt nicht in Betracht denn einmal seien sie Doktrinaire ohne jeden praktischen Sinn. Sobald genügen ein paar Volkshelden, um sie zu Paaren zu treiben. Die bolschewistische Gefahr für Deutschland sei eine ebensolche Waise wie die allgemeine Abrüstung, der ewige Frieden und dergleichen Jdylle. Der Korrespondent wettet deshalb darauf, daß aus den Wahlen eine Mehrheit des Zentrums und der Demokraten hervorgehen werde, die trotz des billigen Spottes der Gegner Erfolge erzielen wie die Kommunisten